



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik  
am 12. Dezember 2017  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

Vorsitz :

Aglaja Beyes

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 19:30 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 31/17 + 49/17,

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Nicht anwesend:**

Stv. Güler

Stv. Maritzen

**Entschuldigt:**

Stv. Weck

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0085 Tagesordnung

1. Die Punkte 13 (City-Bahn) und 12 (Bericht der Stabsstelle) werden nach der Vorstellung des Jahres des bürgerschaftlichen Engagements durch Herrn Oberbürgermeister Gerich (Punkt 2) aufgerufen.
2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

### 0086 Jahr des bürgerschaftlichen Engagements - Vorstellung durch Herrn Oberbürgermeister Gerich -

1. Der mündliche Bericht des Oberbürgermeisters zum Jahr des bürgerschaftlichen Engagements, zu dem das Jahr 2018 erklärt werden soll, wird zur Kenntnis genommen.
2. Eine detaillierte Zusammenstellung der Aktivitäten wird den Ausschuss zu gegebener Zeit erreichen. Außerdem ist eine ständige Information des Ausschusses über die Stabsstelle Bürgerbeteiligung, die regelmäßig im Ausschuss über Bürgerbeteiligungsverfahren berichtet und auch für die Gestaltung des Jahres des bürgerschaftlichen Engagements zuständig ist, gewährleistet.

### 0087 Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2017

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 07.11.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0088 17-V-05-0010

Stand des Projektes CityBahn

Die Sitzungsvorlage ist lediglich in Bezug auf die Bürgerbeteiligung für den Ausschuss beratungsrelevant. Daher werden nach eingehender Diskussion die Punkte 1.8, 1.9 und 4 zur Kenntnis genommen (s. unten stehenden Beschluss):

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 12. Dezember 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik nimmt die für ihn relevanten Punkte 1.8, 1.9 und 4 des Magistratsbeschlusses Nr. 0833 vom 28.11.2017 zur Kenntnis:

*Es wird zur Kenntnis genommen, dass*

- 1.8 seit dem StVV-Beschluss Nr. 0069 vom 16.02.2017 u.a. durch Veröffentlichung der Webseite citybahn-verbindet.de mit Beantwortung häufig gestellter Fragen („FAQ“), mit einer achtseitigen Beilage in der lokalen Tageszeitung und mit einer öffentlichen Informationsveranstaltung zum NKU-Verfahren mit Dr. Martin Arnold (Intraplan) am 07.11.2017 im Stadtverordnetensitzungssaal die Bürgerinformation im Rahmen bisher vorliegenden Erkenntnisse begonnen hat;*
- 1.9 sich aus eventuellen Änderungen aus der Bürgerbeteiligung das Nutzen-Kosten-Verhältnis geringfügig verändern kann.*
  
- 4. Die Online-Bürgerbeteiligung auf citybahn-verbindet.de soll zeitnah freigeschaltet werden und darüber hinaus sollen, beginnend im Januar 2018, vier Info-Messen in den einzelnen Planungsabschnitten Kastel/Amöneburg, Biebrich, Südost/Mitte und Rheingauviertel-Hollerborn/Westend-Bleichstraße durchgeführt werden, auf denen die Bevölkerung mit den Planern, dem Vorhabenträger und der Stadtverwaltung diskutieren und Änderungsvorschläge einbringen kann.*

gegen FDP

**0089 16-A-56-0002**

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Der Bericht von Frau Rösler (Stabsstelle Bürgerbeteiligung) wird zur Kenntnis genommen.

**0090 17-F-29-0006**

Freies WLAN -Beteiligung von WiTCOM  
- gem. Antrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 06.12.2017 -

Stv. Denzer begründet den Antrag.

Stv. Apel beantragt getrennte Abstimmung.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:  
Ziffer 1 bis 4 einstimmig angenommen  
Ziffer 5 gegen SPD (4) bei Enth. L&P mit 7 Ja-Stimmen angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0091 17-F-05-0039**

Sachstand Vorlagen Nr. 14-F-05-0007 (Ehrung von Emil Pfeiffers Lebenswerk in den neuen Rhein-Main-Hallen) vom 06.05.2014  
- Antrag der FDP vom 29.11.2017 -

Stv. Rutten begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Einstimmig angenommen

**0092 16-F-03-0124**

Anreize für umwelt- und stadtverträgliche Mobilität für Neubürgerinnen und Neubürger  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2016 -

Der Bericht zu diesem Antrag wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

**0093 17-F-21-0088**

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen  
- gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.09.2017 -

Herr Kremer, ITM, ist zu diesem Punkt anwesend. Die von Seiten des Ausschusses gestellten Fragen können nur von Seiten des Magistrats beantwortet werden, der dazu in der nächsten Sitzung politisch Stellung beziehen soll:

1. Unter Bezugnahme auf den in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 07.11.2017 gefassten, ergänzten Beschluss Nr. 0073 wird der Magistrat (Dezernat VI) aufgefordert, in der Sitzung des Ausschusses am 30.01.2018 dazu Stellung zu nehmen, warum die in der Sitzungsvorlage 16-V-20-0068 zugesagte Machbarkeitsstudie und Kostenkalkulation bisher nicht vorgelegt wurde.
2. *Der Magistrat (Dezernat VI) wird des weiteren gebeten, in der Sitzung des Ausschusses am 30.01.2018 persönlich anwesend zu sein und als politisch Verantwortlicher zu erklären, warum die Umsetzung des Anliegens, freies WLAN an öffentlichen Plätzen einzurichten, bisher nicht umgesetzt wurde.*

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**Alle Anträge zu „Mehr Transparenz und Livestream“ werden gemeinsam beraten, aber getrennt abgestimmt.**

Frau Schäferjohann und Herr von Jagow (beide Rechtsamt) stellen zu Beginn den schriftlichen Bericht des Rechtsamtes detailliert vor.

0094 17-F-21-0021

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschritt der Stadtverordnetenversammlungen  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 30.03.2017 -

Der Antrag hat durch die Vorlage des schriftlichen Berichts des Hess. Städtetages seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0095 17-F-05-0012

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschritt der Stadtverordnetenversammlung  
- Antrag der FDP vom 30.03.2017 -

Der Antrag hat durch die Vorlage der schriftlichen Berichte von Bürgermeister Dr. Franz (10.08.2017) und Stadtkämmerer Imholz (21.07.2017) seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0096 17-F-10-0006

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschritt der Stadtverordnetenversammlungen  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Es wird intensiv diskutiert, wie damit umgegangen werden soll, wenn einzelne Redner nicht im Livestream erscheinen möchten. Gibt es Unterschiede, wenn Vertreter des Jugendparlaments oder des Ausländerbeirates nicht zu sehen sein möchten?

Herr von Jagow weist darauf hin, dass sich der Bericht des Rechtsamtes auf die Einbindung der Stadtverordneten bezogen hat, nicht aber auf Vertreter des Jupa. Hier müsse man noch vorsichtiger sein, weil Minderjährige betroffen sind.

Verfälscht es die Debatte, wenn mehrere Stadtverordnete nicht aufgenommen werden wollen? Kann man Probleme umgehen, wenn nicht live, sondern zeitversetzt gesendet wird? Was genau ist journalistische Bearbeitung? Soll nur der/die Redner/in gezeigt werden oder können auch Panoramaaufnahmen eingespielt werden?

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 12. Dezember 2017

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Gibt es Unterschiede, wenn Medien den Stream durchführen? Kann die Stadt „Medien“ werden? Greift der Datenschutz auch, wenn on demand gesendet wird?

Entscheidend für die weitere Beratung war dann die Frage, wie viele Stadtverordnete sich für und wie viele gegen einen Livestream aussprechen würden. Es wäre weiter wichtig zu wissen, wie sich die einzelnen Fraktionen positionieren.

Wenn eine Entscheidung über die Einführung von Livestream getroffen werden soll, kann dies sicher nicht der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik allein tun. Zumindest müsste der Ältestenausschuss, besser noch die Stadtverordnetenversammlung abschließend festlegen, ob Livestream eingeführt wird oder nicht.

Bevor abschließend über Livestream entschieden werden kann, soll durch eine Umfrage bei den Stadtverordneten geklärt werden, wie sie sich positionieren werden. Danach müsste dann noch fraktionsintern geklärt werden, wie weiter verfahren werden soll.

Vor der weiteren Beschlussfassung schlägt Stv. Apel vor, alle offenen Anträge bis zum Vorliegen des Umfrageergebnisses zurückzustellen.

Stv. Wernergold spricht sich gegen die Umfrage aus und bevorzugt eine Abstimmung des Antrages seiner Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Dr. Wittkowski hält es für sinnvoll, vor einer endgültigen Meinungsbildung alle möglichen Informationen einzuholen. Dazu zählt auch die angedachte anonyme Umfrage der Stadtverordneten.

Stv. Wernergold beantragt die getrennte Abstimmung der Rückstellung der offenen Anträge und der anonymen Umfrage.

Der Ausschuss fasst nach eingehender Diskussion folgenden Beschluss:

- 1. Der Magistrat wird gebeten, zeitnah eine anonyme Umfrage bei den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden durchzuführen.*

*In der Umfrage soll das mögliche Livestream-Verhalten der Stadtverordneten geklärt werden.*

*Dabei sollen die Stadtverordneten die Möglichkeit erhalten, ihre Meinung zu folgenden Optionen zu äußern:*

- Tonaufzeichnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung*
- Aufzeichnen von Bild und Ton der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung*
- Audio/Video on demand (auf Nachfrage)*
- Livestream der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung*

*Inbesondere soll geklärt werden, ob der einzelne Stadtverordnete damit einverstanden ist, dass sein Redebeitrag aufgezeichnet oder direkt ausgestrahlt wird.*

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

*2. Die Beratung des Antrages der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 betr.*

*Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlung*

*wird bis zur Vorlage des Ergebnisses der heute beschlossenen anonymen Umfrage zurückgestellt.*

1. Antrag auf Rückstellung gegen AfD
2. Durchführen Umfrage Enth. AfD

**0097 17-F-08-0019**

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen  
- Antrag der Fraktion L&P vom 30.03.2017 -

Der Antrag wird bis zur Vorlage des Ergebnisses der heute beschlossenen anonymen Umfrage (s. BP 0096) zurückgestellt.

Einstimmig

**0098 17-F-05-0030**

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlung  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.09.2017 -

Der Antrag wird bis zur Vorlage des Ergebnisses der heute beschlossenen anonymen Umfrage (s. BP 0096) zurückgestellt.

Einstimmig

**0099 17-V-30-0011**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 12. Dezember 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0100 17-V-30-0012

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

Einstimmig

0101 **Verschiedenes**

Herr von Jagow (Leiter des Rechtsamtes) berichtet darüber, wie Ortsgerichtsschöffen und Schiedspersonen ausgewählt werden.

Anlagen

Wiesbaden, .01.2018

**Vorsitzende**

**Schriftführerin**

Beyes

Koba